

Kurznachrichten
Mehr unter suedostschweiz.ch

GENÈVE

Mossack Fonseca missbrauchte IKRK für Briefkastenfirmen

Der Name des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) ist laut der «Sonntags-Zeitung» missbraucht worden, um die Besitzverhältnisse von Briefkastenfirmen zu verschleiern. Die durch die Panama-Papers-Enthüllungen berühmt gewordene Kanzlei Mossack Fonseca aus Panama setzte das IKRK demnach unter leicht verändertem Namen als Begünstigte einer panamaischen Stiftung ein. Diese ist Aktionärin Hunderter Strohfir­men, deren wahre Begünstigten geheim bleiben wollen. (sda)

CHEYENNE/DENVER

Trump und Clinton verlieren in Colorado und Wyoming

Favoritenstürze bei den US-Vorwahlen: Bei den Demokraten triumphierte am Samstag in Wyoming Bernie Sanders über Hillary Clinton. In Colorado gewann bei den Republikanern Ted Cruz und schnappte Donald Trump alle Delegierten weg. Für Letzteren ist es damit noch schwieriger geworden, die nötigen 1237 Delegierten für eine absolute Mehrheit beim Parteitag im Juli zu erreichen. (sda)

IDOMENI

Tränengas gegen Flüchtlinge an der mazedonischen Grenze



Mazedonische Polizisten haben an der Grenze zu Griechenland gestern Tränengas gegen Flüchtlinge eingesetzt, die Absperrungen durchbrechen wollten. Skopje bestätigte die von Athen gemeldeten Tumulte. Ausgelöst wurden die Zusammenstösse bei Idomeni offenbar wie vor wenigen Wochen durch das Gerücht, Mazedonien öffne die Grenze. (sda)

KIEW

Ukrainischer Regierungschef Arseni Jazenjuk tritt zurück

Der ukrainische Ministerpräsident Arseni Jazenjuk zieht die Konsequenzen aus einer monatelangen Regierungskrise. Er verkündete gestern seinen Rücktritt. Damit wolle er eine «reibungslose Machtübergabe» ermöglichen und zur Stabilität beitragen. Präsident Petro Poroschenko nominierte Parlamentspräsident Wladimir Groisman als Nachfolger. Es wird erwartet, dass die neue Regierung den Westkurs des Landes fortsetzen wird. (sda)

Auf dem Laufenden bleiben
Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert.

Online
suedostschweiz.ch

Facebook
Zeitung Südostschweiz

Twitter
[@suedostschweiz](https://twitter.com/suedostschweiz)

Instagram
[so_bildredaktion](https://www.instagram.com/so_bildredaktion)

Eine Analyse zur China-Reise des Bundespräsidenten

Nicht einmal halbherzig

Johann Schneider-Ammann ist gestern nach dreitägigem Staatsbesuch in China in die Schweiz zurückgekehrt. Für die Menschenrechte hat er sich im Reich der Mitte kaum eingesetzt.

von Dennis Bühler

Als Wirtschaftsminister – und das wird ihm das Wichtigste sein – hat Johann Schneider-Ammann in China überzeugt. Unter seiner Führung gelang es, eine «innovative strategische Partnerschaft» abzuschliessen und sieben Absichtserklärungen zu unterzeichnen, von denen sich der 64-Jährige neue Dynamik in den bilateralen Beziehungen verspricht. Wie viel die noch reichlich inhaltsleer wirkenden Abkommen wert sind, wird sich zwar erst weisen müssen. Doch wenn die Bekundungen der beiden ranghöchsten Mitglieder der chinesischen Regierung, Staatspräsident Xi Jinping und Premierminister Li Keqiang, ernst zu nehmen sind, ist ihnen tatsächlich etwas an engeren Wirtschaftsbeziehungen zur Schweiz gelegen. Dann könnten vielleicht bald auch die bürokratischen Hürden fallen, welche die Wirkung des im Sommer 2014 in Kraft getretenen Freihandelsabkommens bis anhin schmälern.

In China verbreitete Schneider-Ammann drei Tage lang gute Laune. In Peking berührte er Touchscreens in einer ultramodernen Filiale der China Construction Bank, bestaunte Roboter eines ABB-Ablegers und schritt mit der Spitze der kommunistischen Partei über rote Teppiche. In Schanghai hörte er jungen Unter-

munistischen Partei in Personalunion, ein Klima der Angst geschaffen, das ans China Maos erinnert. Schneider-Ammann aber hatte nicht mehr zu sagen, als dass er «grössten Respekt vor Xi Jinping» habe.

Wohl ist der Bundespräsident – vom Eidge-nössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten gedrängt – am Freitag auf dem Hotelflur in Peking kurz mit ein paar Vertretern von Nichtregierungsorganisationen zusammengetroffen, die in China ständiger Verfolgung ausgesetzt sind. Wohl mahnte er während des Sino-Swiss Economic Forum, unternehmerische Freiheit sei für eine prosperierende Wirtschaft elementar. Doch als Kritik an Chinas Regierung wollte Schneider-Ammann beides explizit nicht verstanden wissen. Und auch sonst: kein einziger Moment, in dem er auf Distanz zum Regime gegangen wäre. Kein Wunder, titelte das Propagandablatt «China Daily» am Samstag, Xi Jinping habe einen «alten Freund des chinesischen Volkes» getroffen.

Einzig an Wirtschaft interessiert

Vermutlich wären Alain Berset, Didier Burkhalter, Ueli Maurer, Doris Leuthard, Guy Parmelin oder Simonetta Sommaruga – wären sie anstelle Schneider-Ammanns aktuell Bundespräsident – nicht mit besseren Ergebnissen aus China zurückgekehrt: Immerhin erklärte sich Xi Jinping am Freitag bereit, den seit 25 Jahren bestehenden Menschenrechtsdialog im Mai fortzuführen. Doch Schneider-Ammann ignoriert, dass es in der Politik nicht nur um nackte Resultate, sondern stets auch um die Vermittlung von Haltung und Werten geht. Wenn sich ein hoher Politiker nicht gegen die Untaten jener ausspricht, denen er die Aufwartung macht, heisst er deren Politik ein Stück weit gut.

Wäre er «nur» Wirtschaftsminister, wäre sein Verhalten nicht minder fragwürdig, aber leichter zu entschuldigen. Doch Schneider-Ammann ist auch Bundespräsident. A ls solcher hat er die Gesamtinteressen des Landes wahrzunehmen, und diese gehen weit über die Abschaffung von Zöllen für Schweizer Unternehmen hinaus. Ein Staatschef hat auch eine normative Verantwortung.

Das Schweizer Regierungssystem, das im Jahresturnus einen der sieben Bundesräte zum Primus inter Pares erklärt, lässt keine strikte Trennung der Ziele und Aufgaben zu. In Deutschland kann sich Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel für Kriegsmaterialexporte einsetzen und Aussenminister Frank-Walter Steinmeier das entgegengesetzte Ziel Frieden verfolgen. Es gibt ja immer noch Bundespräsident Joachim Gauck, der übergeordnet für Demokratie und Menschenrechte wirbt. In der Schweiz aber muss sich der Bundespräsident gleichzeitig für die Ziele seines Departements



und die höheren Ziele der Regierung einsetzen. Schneider-Ammann tut das nicht, weil er einzig an Wirtschaft interessiert ist.

Die Verteidigung der Demokratie

Noch schlimmer als das, was Schneider-Ammann in China nicht ansprach, sind Sätze, die er sagte. Im Interview mit der «Südostschweiz» (Ausgabe vom Samstag) liess er jede Sensibilität vermissen: «Mit ihrer Mischung aus Offenheit und Härte – nennen wir es Demokratie – hat die chinesische Regierung bisher Stabilität erreicht», verteidigte er das Regime, das mehr Menschen hinrichtet als alle anderen Länder der Welt zusammen, und behauptete kühn: «Der Einparteiensstaat verfolgt einen hier nicht auf Schritt und Tritt.» Das mag für den hohen Gast aus der Schweiz gelten. Aber nicht für Anwälte, Blogger, Journalisten, Künstler und andere, die von der Doktrin der Partei abweichen. Und reihenweise verhaftet werden und monate- oder jahrelang von der Bildfläche verschwinden, ohne dass ihnen der Prozess gemacht würde.

Schneider-Ammann entgegnete beim Interview in Peking: «Die Reisefreiheit des chinesischen Volkes, von der auch der Schweizer Tourismus profitiert, spricht eine andere Sprache.» Es waren schönfärberische Sätze, die im rigorosen Ausblenden von allem Negativen an Verlautbarungen von Schneider-Ammanns Gastgeberin erinnerten: der Kommunistischen Partei Chinas.

Er ignoriert, dass es in der Politik auch um die Vermittlung von Haltung und Werten geht.

nehmern zu, durchschnitt zur Eröffnung des Swiss Centers ein rotes Band, liess sich über den neuen, architektonisch beeindruckenden Novartis-Campus führen. «I feel at home», sagte er bei jeder Gelegenheit, und die Gastgeber antworteten, sie seien «very, very honoured».

Sein Mantra: Innovation und Freihandel

Bei der mitreisenden Wirtschaftsdelegation – lauter Gleichgesinnten – kam Schneider-Ammann mit seinem Mantra von Innovation und Freihandel bestens an. Doch den Anforderungen an einen Bundespräsidenten wurde er im Reich der Mitte nicht gerecht. Um seine wirtschaftlichen Ziele nicht zu gefährden, verzichtete der FDP-Magistrat auf jegliche Kritik am kommunistischen Regime, das die Menschenrechte in letzter Zeit so stark mit Füssen tritt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. In den gut drei Jahren seiner Regentschaft hat Xi Jinping, Staatspräsident und Generalsekretär der kom-

Aus Berner Sicht

Per Liebesbrief in den Regierungsrat

Eine Kolumne

von Lorenz Honegger,
Bundeshausredaktor



There ain't no such thing as a free lunch», lautet ein altes Ökonomen-Sprichwort. Auch eine kostenlose Mahlzeit hat ihren Preis. Das gilt besonders für Politiker: Wer mediale Aufmerksamkeit will, muss dafür bezahlen. Nicht mit Geld. Dafür mit der dicken Haut, die es braucht, wenn die Kritik nur so auf einen niederprasselt.

Mit dem Umstand, dass man überall und ständig erkannt wird. Oder mit einem Stück verlorener Privatsphäre, wenn man der «Schweizer Illustrierten» die Türe öffnet.

Das Ringier-Magazin zeigt in der aktuellen Ausgabe SVP-Präsident Toni Brunner und seine Freundin Esther Friedli auf der Titelseite. Die Schlagzeile: «So eroberte ich Esther». Das Paar erzählte der «SI» bereitwillig Details aus der gemeinsamen Liebesgeschichte und stellte der Journalistin einen Liebesbrief Brunners aus dem Jahr 1997 zur Verfügung. «Für mich bist Du mein Ein und Alles, ohne dich wär's ja nicht zum Aushalten!», steht da zum Beispiel.

Als Normalbürger kann man sich schwer vorstellen, so viel Intimes preiszugeben. Im Fall von Brunner und Friedli ist die Homestory kein Zufall: Die Politveteranen wissen, was sie tun. Esther Friedli hat im März angekündigt, im zweiten Wahlgang der St. Galler Regierungsratswahlen für einen zweiten SVP-Sitz zu kandidieren. Wenn sie gewählt werden will, braucht sie jetzt so viel Aufmerksamkeit wie nur möglich; als Politikwissenschaftlerin verfügt sie zwar über Fachwissen, ein politisches Amt hat sie aber noch nie bekleidet. Die Wähler kennen sie nicht. Ob sich der mediale Striptease mit Liebesbrief gelohnt hat, wird sich am 24. April zeigen.